



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
stv. Fraktionsvorsitzender

Silke Jürgensen
Ratsfrau

Presseinformation

Nr. 09/2010 Kiel, 26. Januar 2010

Zukunft der ARGEn

Der worst case rückt näher

Zum Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums, der eine Auflösung der ARGEn als Neuorganisation der Jobcenter vorsieht, erklärt der sozialpolitische Sprecher der FDP-Ratsfraktion, Wolf-Dietmar Brandtner:

„Die geplante Auflösung der ARGEn ist aus mehreren Gründen außerordentlich kritisch zu sehen:

Zu einen wird damit das sinnvolle Prinzip der „Hilfe aus einer Hand“ praktisch aufgegeben, obwohl es einen breiten Konsens über die Vorteile dieses Prinzips gibt. Aber die Bundespolitik ist offenbar leider nicht dazu in der Lage, die inzwischen bewährten Strukturen auf dem Weg einer Grundgesetzänderung verfassungskonform zu erhalten. Die Leidtragenden werden die Leistungsempfänger sein, denn diese werden nun wahrscheinlich in einen Verschiebebahnhof zwischen Arbeits- und Sozialbehörden geraten.

Darüber hinaus wird durch die getrennte Aufgabenwahrnehmung die Bürokratie aufgebläht, was wiederum mit einem nicht vertretbaren Verwaltungsaufwand und Mehrkosten für die Kommunen verbunden sein wird. Ebenso ist mit einer Zunahme der Klagen zu rechnen.

Außerdem wird bei dieser Lösung nicht berücksichtigt, dass insbesondere für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte in erster Linie die Kommunen die Beratungs- und Vermittlungskompetenz haben, weil hier der nähere Bezug zum lokalen Arbeitsmarkt besteht.

Unterm Strich dürfte die geplante Auflösung der ARGEn so ziemlich die schlechteste aller möglichen Lösungen darstellen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer